

Ergebnisse



der

1. Tagung des 2. Parteitags der Partei DIE LINKE.Hamburg

im

Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes in Hamburg-Farmsen

(August-Krogmann-Str. 52, im Haus U auf dem bfw Gelände)

am

Samstag, den 10. April & Sonntag, den 11. April

Landespolitische Schwerpunkte des Landesverbandes Hamburg für die nächsten zwei Jahre

Präambel

DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen Nachhaltigkeit, des Friedens und der Demokratie ein. Wichtige Zielpunkte unserer gegenwärtigen Politik sind der flächendeckende Mindestlohn, keine Rente mit 67, Abschaffung der Hartz-Gesetze sowie eine kategorische Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik sowie jeglicher deutschen Beteiligung daran. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist sowohl ein wirksamer Beitrag zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise wie auch ein Zwischenschritt, um einen grundlegenden Richtungswechsel einzuleiten. Für DIE LINKE gehören kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der Lohnabhängigen und der von Sozialleistungen abhängigen Menschen und Maßnahmen, die einen gesellschaftlichen Umbau in Richtung einer solidarischen Ökonomie einleiten, untrennbar zusammen.

Die weitergehenden mittel- und langfristigen Schritte dieses Umbaus, unserer sozialistischen Perspektive, sind Gegenstand der anstehenden politisch-programmatischen Debatte.

Die Linie des Hamburger Landesverbands war und ist: Kürzungen zulasten von Beschäftigten und der Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind und die Fortsetzung der Privatisierungspolitik treffen auf unseren erbitterten

Hamburg in der Krise

Die schwere Wirtschaftskrise hinterlässt auch in Hamburg immer deutlicher Spuren. Der schwarz-grüne Senat reagiert darauf mit einer die Wirtschaftskrise verschärfenden Kürzungspolitik. Gleichzeitig hält er aber an seinen verschwenderischen Leuchtturmprojekten fest. Eine solche Politik des Sozialabbaus und der Gebührenerhöhung, der Kürzung öffentlicher Dienstleistungen und der fortgesetzten Privatisierung (z. B. durch Verkauf von Grundstücken

Widerstand. Der öffentliche Kredit muss vielmehr genutzt werden, die Armut zu bekämpfen, Beschäftigung im öffentlichen Sektor zu schaffen und einen sozial-ökologischen Umbau der Hamburger Wirtschaft einzuleiten, der den BürgerInnen wieder eine Perspektive eröffnet.

Weil wir mit dieser Politik bei vielen Menschen Vertrauen gewonnen haben, ist die kurze Geschichte der LINKEN auch in Hamburg eine Erfolgsgeschichte. Nach der für uns erfolgreichen Wahl vor zwei Jahren haben wir aus dem Stand auf Landes- und Bezirksebene Fraktionen aufgebaut, die sich durch ihre konsequente Arbeit Achtung erworben haben. Gleichzeitig haben wir in außerparlamentarischen Initiativen mitgearbeitet, Streikämpfe unterstützt, uns an Aktionen gegen die Abschiebung von Flüchtlingen beteiligt und in der Volksinitiative Eine Schule für Alle sowie an der „Aktion Brauner Sack“ gegen Nazi-Infostände entscheidend mitgewirkt. Wir haben zudem unseren Teil dazu beigetragen, Demonstrationen zu Klima- und Umweltfragen, gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Schultern der Mehrheit der Bevölkerung, zu Frieden und im Bildungsbereich zum Erfolg zu verhelfen. Diesen Weg wollen wir unter den Bedingungen der schweren Wirtschaftskrise konsequent fortsetzen.

und PPP-Projekte) lehnt DIE LINKE – in welcher politischen Konstellation auch immer – prinzipiell ab.

Erforderlich ist das Gegenteil: Wir brauchen eine Politik, die einerseits die drängendsten sozialen Missstände und Folgen der sozialen Spaltung behebt, andererseits durch energische Investitionen in öffentliche Güter und Dienstleistungen, in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau, öffent-

lichen Verkehr etc. erste Schritte eines grundlegenden Umbaus der Hamburger Wirtschaft und Gesellschaft einleitet.

Hamburg nimmt, wie alle Bundesländer, durch die Steuerentlastung der Vermögenden und der Großunternehmen, die alle Bundesregierungen vorgenommen haben, erheblich weniger Steuern ein, weshalb zahlreiche Gebühren z. B. bei der Kinderbetreuung steigen und Kürzungen im Kinder-, Jugend- und Sozialbereich erfolgen sollen. Diese Umverteilung von unten nach oben muss durch eine von oben nach unten ersetzt werden, denn eine nachhaltige Verbesserung der Einnahmesituation der Länderhaushalte ist nur durch drastische Einschnitte in die Verteilungsverhältnisse, die Unternehmen und Vermögende wieder deutlich stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt, auf Bundesebene möglich. DIE LINKE fordert deshalb einen radikalen Richtungswechsel in der Steuerpolitik des Bundes, u. a. durch Wiedereinsetzung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftssteuer, der Einkommenssteuer für Besserverdienende und der Börsenumsatzsteuer. Dazu werden wir beantragen, den Senat zu Aktivitäten über den Bundesrat zu veranlassen. Kurzfristig können deshalb in Hamburg erforderliche Investitionen nur durch Umschichtungen im öffentlichen Haushalt (Streichung der „Leuchtturmprojekte“), Neuverschuldung, Erhöhung der kommunalen und Landessteuern (Grundsteuer, Grundsteuer, Gewerbesteuer wie im Bürgerschaftswahlprogramm S. 62/63 gefordert) sowie Verschärfung der Betriebsprüfungen finanziert werden. Geprüft werden soll die Einführung einer Zweit-KfZ-Steuer und der Bodenwert-Zuwachssteuer.

Auf der parlamentarischen Ebene gibt es für eine solche zukunftsorientierte Politik zurzeit keine Partner. Deshalb kommt es darauf an, durch Beteiligung an breiten außer-

parlamentarischen Bündnissen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren politischen Druck und Widerstand aufzubauen, um eine Politik des sozial-ökologischen Umbaus möglich zu machen, der ehemals öffentliche Unternehmen rekommunalisiert, die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt und genossenschaftliche Formen des Wirtschaftens fördert. Die Vorbereitungen auf die voraussichtlich im Juni stattfindende bundesweite Bündnisdemo „Wir zahlen nicht für eure Krise“ sind eine gute Gelegenheit dazu.

Es bleibt also bei den Grundzügen unseres zur Bürgerschaftswahl vorgelegten Sofort- und Wahlprogramms mit Maßnahmen gegen Armut und soziale Spaltung, für öffentlich geförderte Beschäftigung und Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche. Dabei müssen die BürgerInnen stärker an den politischen Planungsprozessen und Entscheidungen beteiligt werden.

Nach Eintritt der GAL in die schwarz-grüne Koalition haben die Grünen mit vielen ihrer Ansprüche und Wahlversprechen gebrochen (z.B. Moorburg und Studiengebühren). Auch die SozialdemokratInnen haben sich nicht von ihrer Hartz IV Politik und ihrer Kriegsbefürwortung gelöst. Besonders verwerflich ist der Versuch teilweise die CDU in der Innenpolitik von rechts zu überholen.

Die Antwort auf die Politik der Verschwendung einerseits und des Kahlschlags andererseits muss ein radikaler Politikwechsel sein. Für DIE LINKE ist eine Regierungsbeteiligung nur denkbar, wenn es gelingt, Reformprojekte im Sinne eines solchen radikalen Politikwechsels durchzusetzen.

DIE LINKE hat eine Alternative: Unsere Vision bleibt »Hamburg für alle – sozial, ökologisch und solidarisch«.

Konzentration der Kräfte ist notwendig

Hamburg schiebt einen großen Berg von ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen vor sich her, die die Politik in der Stadt in

den nächsten beiden Jahren bestimmen werden. Deshalb gilt es für DIE LINKE, die begrenzten Kräfte der Partei auf Arbeitsschwer-

punkte (Leitprojekte) zu konzentrieren, die aus der Sicht unserer Programmatik und mit Blick auf die Probleme und Konflikte in der Stadt zentral sind. Der Verzahnung und Abstimmung von parlamentarischen Aktivitäten (Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen) mit Basisaktivitäten der Gliederungen bei **Bündnis für ein Leben in Würde, Recht auf Stadt, Bildungsgerechtigkeit, soziale und ökologische Klima- und Energiepolitik, Mehr Demokratie wagen, Gleiche Rechte der MigrantInnen durchsetzen, Geschlechtergerechtigkeit, Friedensstadt Hamburg, Kampf gegen Rechts**

Bündnis für ein Leben in Würde

Erwerbslosigkeit und Armut prägen das Leben von immer mehr HamburgerInnen, was sich krisenbedingt noch verschärfen wird. Zu den Erwerbslosen kommen Beschäftigte in moderner Zwangsarbeit wie 1-€-Jobs, Qualifizierungsschleifen, sowie prekär Beschäftigte, die arm sind trotz Arbeit. Das Existenzminimum als Minimalbedingung der Reproduktion der Arbeitskraft und gesellschaftlicher Teilhabe ist für viele HamburgerInnen nicht mehr gewährleistet.

Unser Ziel ist die Schaffung von qualifizierten, gut bezahlten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, die auf Regelleistungen angewiesen sind. Wir fordern deshalb ein Beschäftigungsprogramm von 50.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen, die Abschaffung der 1-Euro-Jobs und die Ausweitung des Qualifizierungssektors. **Ein erster Schritt zur weiteren Ausarbeitung dieses Programms ist die arbeitsmarkt- und be-**

Recht auf Stadt: Gegen Privatisierung, für bezahlbaren Wohnraum für Alle und eine soziale Stadtentwicklung

Die soziale Spaltung der Stadt drückt sich auch in einer wachsenden sozial-räumlichen Trennung aus. In Wilhelmsburg, Rothenburgsort/Billbrook und Billstedt sind rund 27% der EinwohnerInnen auf Transferleistungen angewiesen. CDU-Senate verwehren diesen Menschen durch die Schließung von Schulen, Schwimmbädern, Bücherhallen, usw. gesellschaftliche Teilhabe.

meinsamer Fokussierung auf diese Schwerpunkte kommt dabei besondere Bedeutung zu. Ausgehend von der Analyse der aktuellen Situation schlagen wir folgende Schwerpunkte in der Politik des Landesverbands für die nächste Zeit vor:

schäftigungspolitische Konferenz am 24. April. Der Landesverband wird sich außerdem aktiv an der Gesundheitskampagne der Partei beteiligen.

Zur Verbesserung der Lebenssituation der auf Sozialleistungen angewiesenen BürgerInnen fordern wir u.a. den Einstieg in eine Kindergrundsicherung durch gebührenfreien Kita-Besuch und ein kostenloses Mittagessen für alle, die Einführung eines Sozialtickets, den freien Eintritt zu Kulturveranstaltungen und die Übernahme der Wohnungskosten in ihrer tatsächlichen Höhe.

Ein solche Politik lässt sich nur in einem Bündnis für ein gleichberechtigtes Leben in Würde und für gute Arbeit durchsetzen, in dem sich Gewerkschaften, Sozialverbände und die vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Bewegungen und die politische Linke zusammenfinden.

Verstärkt wird diese Entwicklung durch die vom Senat betriebene Aufwertung von Stadtteilen (Gentrifizierung). Sie geht einher mit der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und deutlichen Mieterhöhungen. Viele BürgerInnen werden faktisch aus ihren angestammten Wohnquartieren vertrieben. Aber selbst dort, wo sie dann notgedrungen hinziehen, werden die Mieten erhöht. Statt neue Sozialwohnungen zu bauen, werden im großen

Stil Grundstücke, also öffentliches Eigentum, verkauft.

Gegen diese Entwicklung hat sich in der Stadt eine breite Bewegung entwickelt, die ein „Recht auf Stadt“ einfordert. Sie wendet sich gegen die Politik der Aufwertung und Vertreibung und fordert die Einbeziehung der BürgerInnen in die Entscheidung über die Weiterentwicklung der Quartiere. Die Gliederungen der LINKEN werden sich in diesen Initiativen und Netzwerken noch stärker engagieren und deren Forderungen in den parlamentarischen Raum einbringen. „Recht auf Stadt“ heißt für DIE LINKE vor allem Versorgung aller Menschen mit ausreichendem und menschenwürdigem Wohnraum. Wir fordern als Sofortmaßnahmen die Erhöhung des Wohngeldes, die Verhinderung von Zwangsumzügen und den Stopp der oft drastisch steigenden Mietnebenkosten.

Das Herausfallen tausender Sozialwohnungen aus der Sozialbindung muss gestoppt werden. Die öffentlichen Unternehmen SAGA/GWG müssen durch parlamentarische und außerparlamentarische Proteste zu einer anderen Politik gezwungen werden. DIE LINKE unterstützt materiell und ideell Besetzungen als Form des Widerstands. Die Auseinandersetzungen um das Gängeviertel haben gezeigt, dass solche Formen des Protestes zum Ziel führen können.

Wir fordern weiter eine soziale Stadtentwicklungspolitik, um die Sicherstellung einer ausreichenden sozial-kulturellen Infrastruktur (Schulen, Schwimmbäder, Bücherhallen, Jugendzentren, Angebote der Jugend- und Sozialhilfe, Verkehrsanbindung etc.) und einer für alle bezahlbaren, d.h. für die Menschen mit gerin-

Bildungsgerechtigkeit

DIE LINKE Hamburg kämpft für ein emanzipatives, inklusives, solidarisches und einheitliches Bildungssystem, von der Kita bis zur Weiterbildung, gebührenfrei und für alle. Das ist eine wesentliche Voraussetzung für mehr soziale Gerechtigkeit und breite gesellschaftliche Teilhabe. Längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 10 in einer Schule für Alle bleibt ein wichti-

gem Einkommen auch gebührenfreien öffentlichen Versorgung zu gewährleisten. Dies betrifft vor allem die Bereiche Energie, Gesundheit und Soziales.

Das erfordert langfristig die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und Pflegeunternehmen sowie des Energiesektors. Wir fordern zudem die Beendigung von ÖPP- bzw. PPP-Projekten, die letztlich nur wenigen Unternehmen ein profitables Geschäftsfeld und den Banken eine günstige Anlage bieten.

Es kommt in den nächsten Jahren darauf an, uns auch auf diesem Gebiet als Partei der konsequenten Interessensvertretung stärker zu profilieren, auf landespolitischer Ebene wie auch in den besonders betroffenen Stadtteilen und Quartieren.

Im Herbst soll die 3. Stadtpolitische Konferenz stattfinden. Sie soll Bündnischarakter haben. Dafür muss ein Konzept erarbeitet werden, das dazu dient, die Träger vielfältiger Formen des Protestes und des Widerstands in dieser Stadt zusammen zu führen, und eine Plattform für Diskussions- und Meinungsaustausch ist.

Das Thema Rekommunalisierung nicht nur im Bereich Energie, sondern auch im Bereich der Krankenhäuser, der Pflege etc. bleibt für die LINKE auf der Agenda und erstrangiges Ziel. Mit der Privatisierung der öffentlichen Betriebe, die eine Enteignung von öffentlichem Eigentum ist, und der dadurch erfolgten Verhinderung jeglicher Einflussnahme durch demokratische legitimierte Politik werden wir uns auf keinen Fall abfinden. Rekommunalisierung muss auch auf der stadtpolitischen Konferenz ein großes Thema werden.

ges schulpolitisches Ziel. Diese Vorstellungen hat die LINKE Hamburg in einem eigenen bildungspolitischen Konzept „Bildung für alle: Für ein einheitliches, demokratisches Bildungssystem“ erarbeitet, das unseren Aktivitäten zugrunde liegt. Es gilt, das schrittweise umzusetzen.

Im Bildungsbereich sind die Proteste besonders zahlreich und heftig: im vorschulischen Bereich, bei LehrerInnen und SchülerInnen (Streiks), bei den StudentInnen (Bildungsstreiks, Studiengebühren, Bologna). Zuspitzen wird sich die Ausbildungsplatz-Misere. In allen diesen Bereichen wird sich DIE LINKE in Kooperation mit SDS und Linksjugend [‘solid] noch stärker engagieren: Eine Konferenz zum Kitas- und Kinder- und Jugendbereich soll hier Impulse setzen.

Zugespitzt hat sich die Auseinandersetzung um die Verlängerung des gemeinsamen Lernens um zwei Jahre in der Primarschule bis Klasse 6. Darum kommt es am 18. Juli zum Volksentscheid. Um ihn ist jetzt ein Schulkampf (*Panorama*) entbrannt. Es ist die Frage, ob die Initiative des großen Geldes gestoppt werden kann, denn an dieser Frage entscheidet sich, ob sich

überhaupt die Interessen der Bevölkerung gegen diejenigen durchsetzen können, die ihre Interessen und Privilegien mit Zähnen und Klauen verteidigen. Geht es doch darum, ob eine kleine Reform in Richtung mehr sozialer Gerechtigkeit durchgesetzt werden kann. Diesem Schulkampf und den Aktionen am 3. Juni kommt deshalb auch für uns besonders große Bedeutung zu.

Im Rahmen des Aktionsbündnisses „Chancen für alle - Allianz für Bildung“ und mit eigenen Aktivitäten und Materialien werden wir alles in unserer Kraft Stehende tun, die Initiative derer zu stoppen, die rücksichtslos ihre Privilegien im Bildungsbereich zu verteidigen suchen. Darum ist es besonders wichtig, dass wir in den sozial benachteiligten Stadtteilen initiativ werden.

Die Schülerdemonstration und die Aktionen am 3. Juni werden wir nach Kräften unterstützen.

Soziale und ökologische Klima- und Energiepolitik

DIE LINKE Hamburg sieht sich als Teil der globalen Bewegung für soziale und ökologische Klima- und Energiepolitik. Der globale Klimawandel, verursacht durch rücksichtslose Ressourcenverschwendung und CO₂ Verschmutzung im Kapitalismus, trifft nicht die Industrieländer, die die größten Emissionen ausstoßen, sondern hauptsächlich die Menschen im globalen Süden. Aber auch an Hamburg werden Meeresspiegelerhöhungen nicht spurlos vorbeigehen.

Schwarz-Grün in Hamburg propagiert das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% zu reduzieren, bleibt aber mit konkreten Maßnahmen weit hinter den Erfordernissen zurück. Stattdessen wird ein Kohlekraftwerk gebaut, werden HVV-Preise erhöht. Nach der Privatisierung der HEW und als Trostpflaster für die Genehmigung von Moorburg wurde nun Hamburg Energie gegründet, ein Unternehmen ohne Geld und ohne nennenswerte eigene Energieerzeugung.

Dagegen fordert DIE LINKE, die Energieversorgung der Stadt Hamburg wieder in öffentliches Eigentum zu überführen (**Rekommunalisierung**) und den sofortigen Um-

stieg von fossiler in 100 % erneuerbare Energieversorgung voran zu treiben. Die Übernahme der Strom-, Wärme- und Gasnetze in öffentliche Hand, starke öffentliche Investitionen in erneuerbare Energieerzeugung und Bündelung öffentlicher Versorgungsunternehmen unter einem Dach sind Schritte zu neuen Hamburgischen Stadtwerken. Demokratisch kontrolliert, mit sozialen Preisen und ausschließlich auf erneuerbare Energien orientiert.

Die energetische Altbausanierung muss mindestens auf das Fünffache gesteigert werden. Mieter sind vor Mieterhöhungen zu schützen, die Einsparungsgewinne übersteigen. Bei Neubauten muss die Errichtung von Passiv- und Null-Energiegebäuden ordnungsrechtlich gewährleistet sein.

Der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss unter anderem durch drastische Preissenkungen sowie einen bedarfsgerechten Ausbau gefördert und der Straßenneubau zugunsten des Fuß- und Radverkehrs zurück gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund nimmt der Landesverband DIE LINKE sich vor, das Thema „Rekommunalisierung“ mit Bezug auf die Kampagne der Bundespartei zu einem Schwerpunkt unserer Arbeit als Landesverband zu machen, einen Ratschlag zum Thema „Klima, Energie & Rekommunalisierung“ durchzuführen und auf dem nächsten Landesparteitag im Herbst das Thema „Klima, Energie, Verkehr und Rekommunalisierung“ zu setzen.

Mehr Demokratie wagen

Die Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben ist ein demokratisches Grundrecht. Dieses Grundrecht wird massiv verletzt: durch staatliche Eingriffe in Grund- und Bürgerrechte und durch die vielfältigen Formen sozialer Diskriminierung und Ausgrenzung.

Auf Bundes- und auf Landesebene wurde ein nahezu unüberschaubares staatliches Überwachungs- und Kontrollinstrumentarium geschaffen, das die Bürgerinnen und Bürger praktisch unter Generalverdacht stellt.

Auch um die Versammlungsfreiheit ist es in Hamburg schlecht bestellt: Drastische Maßnahmen der Exekutive von der willkürlichen Behinderung von Demonstrationen bis zu unverhältnismäßiger Polizeigewalt schränken den demokratischen Meinungs- und Willensbildungsprozess ein.

Mehr Demokratie erfordert, dass die BürgerInnen an wichtigen Entscheidungen über die Zu-

Gleiche Rechte der MigrantInnen durchsetzen

Das Recht auf Beteiligung an wichtigen kommunalen Entscheidungen muss für alle gelten. DIE LINKE tritt dafür ein, dass die elementaren Grundrechte von MigrantInnen und Flüchtlingen verwirklicht werden. Dies betrifft insbesondere die Einführung des kommunalen und Landeswahlrechts sowie die Erleichterung der Einbürgerung, Abschaffung des Optionszwanges und das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Wir wollen das Bleiberecht für alle Flüchtlinge und die regelmäßige Legalisierung der Illegalisierten durchsetzen.

Aktueller Aktionsschwerpunkt sind die anstehenden Auseinandersetzungen um eine sozialökologische Energiewende ohne Atom- und Kohlekraftwerktechnologie. So werden wir uns am 24. April an der großen Kettenreaktion gegen Atomkraft, der Aktions- und Menschenkette vom AKW Brunsbüttel durch Hamburg hindurch bis zum AKW Krümmel beteiligen.

kunft ihres Quartiers, Bezirks und der Stadt mitwirken können. Eine solche Politik der Demokratisierung wäre auch der beste Weg, um dem Einfluss rechtspopulistischer Strömungen entgegenzuwirken.

Durch die Verbindlichkeit von Volksentscheiden ist hier schon eine wichtige Verbesserung erreicht worden. Allerdings gilt dies nicht für die bezirkliche Ebene. Hier kann der Senat, weil Hamburg per Verfassung als Einheitsgemeinde definiert ist, durch Evokation die Voten auf Bezirksebene aushebeln. Deshalb fordert DIE LINKE die Abschaffung des Evokationsrechts - auch auf bezirklicher Ebene müssen die Bürgerentscheide verbindlich sein! Wir fordern die Abschaffung der Einheitsgemeindestruktur Hamburgs, mit dem Ziel des kommunalen Selbstbestimmungsrechts der Bezirke.

Ebenso tritt DIE LINKE für einen Ausbau der betrieblichen und institutionellen Mitbestimmung ein.

Im Rahmen des Volksentscheids zur Schulreform, bei dem MigrantInnen ausgeschlossen sind, werden wir durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass der Wille der MigrantInnen zum Ausdruck kommt.

Wir fordern außerdem einen Rechtsanspruch auf kostenlosen Deutschunterricht für alle MigrantInnen und Flüchtlinge.

Demokratische Teilhabe von MigrantInnen bleibt eine wichtige Querschnittsaufgabe und Schwerpunkt unserer Arbeit. Neben dem Be-

reich der Grundrechte sollten die Probleme der MigrantInnen und Flüchtlinge vor allem bei Bildung und Stadtentwicklung stärker in unsere Politik integriert werden. **Als Landesverband unterstützen wir jährlich das Newrus-Fest**

Geschlechtergerechtigkeit

Die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe und die besonderen Lebensweisen von Frauen stehen besonders im Mittelpunkt linker Politik.

So hat Armut auch in Hamburg ein weibliches Gesicht, und die Einkommen von Frauen und Männern bei gleicher Arbeit klaffen immer noch weit auseinander.

Zusätzliche Einsparungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere im Kinder und Jugendbereich, aber auch die Hartz-Gesetze und die Kindergeldregelung erschweren die Berufstätigkeit von Frauen. Ein konservatives Bild der Geschlechterrollen feiert eine flächendeckende Restauration.

Das Kita-Gutscheinsystem manifestiert die prekären Beschäftigungsbedingungen von Frauen, weil Gutscheine nach Arbeitszeiten ausgegeben werden. Die Erhöhung der Kita-Gebühren wird vor allem Frauen von den Arbeitsplätzen vertreiben. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen und kostenlosen Kita-Platz von Geburt an, unabhängig von der Berufstätigkeit der Eltern, sowie auf ein kostenloses Mittagessen.

DIE LINKE fordert einen Lebenslagenbericht für die Bezirke und ganz Hamburg, in denen auch die Einkommens und Lebensverhältnisse von Frauen untersucht und veröffentlicht werden. Diese Daten müssen Grundlage für die Finanzierung von Jugendhilfeeinrichtungen und der offenen Jugendarbeit und einer Politik sein, die Frauendiskriminierung gezielt entgegenwirkt.

Frauen, die der Demütigung durch Gewalt und sexualisierte Gewalt im Alltag ausgesetzt sind,

Friedensstadt Hamburg

Hamburg ist der größte Rüstungsexporthafen und einer der größten Rüstungsstandorte in der BRD. Mit gut 120 Rüstungsfirmen aller mög-

und das „Fest der längsten Nacht des Jahres“ (Yalda). DIE LINKE wird sich zudem dafür einsetzen, dass die Behörden die Kooperation mit *allen*, nicht nur mit den religiösen Gruppen sucht.

die Opfer von Genitalverstümmelung sind oder zu werden drohen, oder die gegen ihren Willen zur Ehe oder zur Prostitution gezwungen werden, brauchen nicht nur Schutz in Frauenhäusern, sondern auch kostenlosen Rechtsbeistand und ärztliche/psychologische Versorgung. MigrantInnen brauchen ein Recht auf Aufenthaltsgenehmigung, unabhängig vom Ehepartner und unabhängig vom Einkommen.

Wir fordern außerdem für Migrantinnen einen Rechtsanspruch auf kostenlosen Deutschunterricht. Vorzugsweise in Angeboten nur für Frauen und Mädchen. Solange Frauen in erster Linie für die Familienarbeit zuständig sind und kein eigenes Einkommen haben, brauchen sie eine besondere Förderung und Unterstützung. Nur mit einem Rechtsanspruch können Migrantinnen auch unabhängig von Ehemännern und Vätern solche Angebote wahrnehmen. Mit diesen Forderungen unterstützen wir die internationalen Frauenbewegungen für Freiheit und Emanzipation.

Am 8. März 2011 wird zum 100. Mal der Internationale Frauentag der Frauen gefeiert. In Venezuela wird eine Weltfrauenkonferenz geplant. Die Vorbereitungen für beide Ereignisse laufen schon. Es muss geprüft werden, wie viel Geld und Zeit die Linke für die politische Unterstützung einplanen kann. **Die Forderung der Linken in Hamburg, dass der 8. März Feiertag werden muss, bekommt für das Jahr 2011 noch mal eine besondere Bedeutung und sollte mit Plakaten und Veranstaltungen besonders hervorgehoben werden.**

lichen Branchen haben Rüstungsproduktion und -export in Hamburg einen großen Stellenwert. Von Hamburg aus wird Krieg in alle Welt

exportiert. Auch der Militärhandel blüht. Das alles ist weitgehend unbekannt. Deshalb soll die Rolle der Rüstungswirtschaft von uns in Zukunft stärker aufgezeigt werden.

DIE LINKE wird die Frage der Abrüstung und der Konversion in zivile und humane Produktion in den nächsten Jahren thematisieren. Wir bemühen uns, eine Überarbeitung des Rüstungsregisters für Hamburg zu veröffentlichen. Daneben bekämpft DIE LINKE die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens in Hamburg.

Das betrifft z.B. die Aktivitäten der Bundeswehr, Jugendliche an außerschulischen Lernorten für den Dienst in der Bundeswehr zu werben, die massive Präsenz der Bundeswehr bei öffentlichen Veranstaltungen und die Auftritte der Bundeswehr in Schulen. Direkte Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundes-

wehr und Schulbehörde sind zu verhindern. Die Aktivitäten des militaristisch ausgerichteten Tamm-Museums werden wir weiterhin kritisieren und die Schließung dieses Museums verlangen.

Außerdem verstärken wir die Zusammenarbeit mit friedenspolitisch aktiven Gruppen und Einzelpersonen, wie z.B. dem Hamburger Forum, dem EINE-WELT-NETZWERK sowie anderen außerparlamentarischen Initiativen, die zu friedensrelevanten Themen arbeiten, etwa zu den Problemen in Konfliktregionen wie Israel/Palästina, Kurdistan oder Afghanistan. Um eine friedliche Entwicklung auch in diesen Regionen zu ermöglichen, müssen zu allererst die Kriege und Besatzungen beendet werden. DIE LINKE beteiligt sich verstärkt an der Kampagne zum Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan.

Kampf gegen Rechts! – DIE LINKE ist eine antifaschistische Partei

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen alle faschistischen, rassistischen und antisemitischen Bestrebungen sowie gegen alle Versuche diese politisch, publizistisch und historisch zu relativieren und zu verharmlosen.

Deshalb gilt der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung von den Verbrechen des historischen Faschismus. Aktuelle faschistische sowie völkische und rechtskonservative Kreise sehen dieses Datum als Niederlage an und verharmlosen, leugnen oder befürworten u.a. die historischen Tatsachen von 1933-1945 und vertreten auch heutzutage nationalistische, antisemitische, rassistische und biologistische Ideologien sowie den Militarismus einer autoritären Gesellschaft.

Aus diesen Gründen klären wir über sie auf und stellen uns neofaschistischen oder rechtspopulistischen Akteuren und Manifestationen im Hamburger Bündnis gegen Rechts und

mit anderen im Alltag, wie bei entsprechenden besonderen Anlässen (wie z.B. in Dresden und Lübeck) – wo nötig – konsequent in den Weg!

Dazu gehört auch, der medialen, politischen oder alltäglich-kulturellen Herabsetzung von Menschen beispielsweise wegen ihres Geschlechts oder Alters, ihrer Lebensweise, ihrer Religionszugehörigkeit oder so genannter mangelnder Leistungsfähigkeit kritisch und widerständig zu begegnen.

DIE LINKE engagiert sich für ein aufgeklärtes Menschenbild in Wissenschaft, Kultur, Kunst, Politik, Medien und alltäglichem Handeln und wirkt für die Ausweitung der demokratischen Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen sowie für die Überwindung sozialer Not und die volle Wiederherstellung des Asylrechts im Grundgesetz. Das zeigt: Die Lehren aus der Geschichte sind von aktueller Bedeutung.

Eine starke LINKE: Die politischen Verhältnisse sind in Bewegung

Der schwarz-grüne Senat hat momentan seine politische Mehrheit verloren. Leuchtturmpolitik, Ignoranz gegenüber den vielfältigen Formen der sozialen Spaltung, desaströse Haushaltspolitik, viel zu bescheiden dimensionierte Antikrisenprogramme, Klimafeindlichkeit, Ignoranz gegenüber den BürgerInnenwillen und der Übergang zu einer Rotstiftpolitik haben das Vertrauen in die schwarz-grünen Koalitionäre nachhaltig beschädigt. Hinzu kommt der Streit über die wenigen bescheidenen Reformprojekte dieses Senats, die von der FDP, aber auch von Teilen der CDU und ihrer WählerInnenbasis in Frage gestellt werden. Bei der Schulreform sehen sich die Vertreter eines Mindestmaßes an sozialer Integration mit einem Frontalangriff der Verteidiger von ökonomischen und sozialen Privilegien (bis vor kurzem hatten sie dabei auch Teile der SPD an ihrer Seite) konfrontiert. Die Abspaltung einer neu-rechten Bewegung kann nicht ausgeschlossen werden.

Für DIE LINKE kommt es in dieser offenen politischen Situation, die auch völlig neue Bündnis-konstellationen (siehe Volksentscheid zur Schulreform) einschließt, darauf an, konsequent an ihrer Grundlinie festzuhalten: Sofortmaßnahmen gegen die dringendsten sozialen Missstände und die Einleitung von Struktur-reformen sind für uns unverzichtbar. Dass wir die Partei sind, die die Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt und ins Zentrum ihrer Politik stellt, gilt es deutlich zu machen, auch durch noch stärkere Präsenz in den Stadtteilen und Quartieren. Um noch mehr Menschen davon zu überzeugen, dass eine starke Opposition wie DIE LINKE unverzichtbar ist.

Unsere Losung bleibt:

Hamburg für Alle - sozial, ökologisch und solidarisch.



Doppelrennbahn in Horn

Die Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg lehnt die vom Senat geplante Doppelrennbahn für Traber und Galopper auf dem Gelände der bestehenden Horner Rennbahn ab. Die Zusammenlegung der beiden Hamburger Pferderennbahnen würde die Menschen in Horn durch die dann mehrmals wöchentlich stattfindenden Renn- und Übungstage z. B. durch verstärkten Verkehr zu stark belasten. Außerdem sehen wir die bestehenden sozialen und sportlichen Einrichtungen auf dem Gelände der Horner Rennbahn durch dieses Vorhaben gefährdet.

Vielmehr fordern wir den Ausbau dieses Geländes zu einem attraktiven Freizeitgelände für die Menschen in Horn, anstatt des Ausbaus der Rennbahn ohne Bezug zum Stadtteil. Die bisher für die Planungen zurückgestellten Gelder, die nach der Kenntnis der BO HaHoBo eine Höhe von ca. 35 Millionen Euro haben, sind in die Sanierung bestehender und die Schaffung neuer Stätten für den Breitensport zu investieren.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich insbesondere für eine transparente und nachvollziehbare Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Horn einzusetzen.



Der Geschäftsführende Landesvorstand (v.l.n.r.): Herbert Schulz, Karin Haas, Zaman Masudi, Martin Wittmaack, Regine Brüggemann, Bernhard Müller

Wir gehen weiter!

Am 1. Mai 2010 in Hamburg auf die DGB-Demonstrationen

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“ Unter diesem Motto veranstaltet der DGB 2010 die Maiveranstaltungen. Wir rufen zur Teilnahme an den DGB-Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg; Bergedorf und Harburg auf

Wir gehen weiter: Der Sozialstaat ist in den letzten Jahren bereits erheblich durch die Bundesregierungen beschädigt worden! Hartz IV geschaffen unter Gerhard Schröder und Josef Fischer ist das beste Beispiel dafür.

Wir sind für:

- Die Abschaffung der Rente ab 67 wie CDU,FDP,SPD und Grüne sie nach wie vor befürworten,
- einen bundesweiten Mindestlohn von 10 EURO
- eine Ablehnung der einkommensunabhängigen Kopfpauschale im Gesundheitswesen.
- Dieser Plan der jetzigen Bundesregierung ist einmassiver Versuch den Sozialstaat weiter zu beschädigen. Hier ist gemeinsamer Widerstand erforderlich, der auch auf die Straße gehört!
- Hartz IV muss weg. Die Zumutungen von Guido Westerwelle und Hannelore Kraft gegenüber Hartz IV BezieherInnen lehnen wir entschieden ab. Ein Euro Jobs sind abzuschaffen und in tarifliche, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung von EUR 500,- ist umgehend einzuführen

Deshalb gehen wir am 1. Mai 2010 auf die Straße!

Kita-Gebühren und Hafencity – zwei Seiten der gleichen Medaille

Der CDU/Grüne Senat muss in seiner asozialen Politik gestoppt werden. Familien werden mit zusätzlich 100 Euro monatlich für Kita-Gebühren belastet.

Der Parteitag der Hamburger LINKEN protestiert energisch dagegen und fordert die sofortige Rücknahme der Erhöhung.

Auf der anderen Seite werden den großen Konzernen Millionen von Euro geschenkt und in unnützen Projekten versenkt.

AM Sonntag, den 18. April 2010 ist in der Hafencity Tag der offenen Tür und es können die Objekte in Augenschein genommen werden.

Jede Hamburger Bürgerin und jeder Hamburger Bürger, der oder die am Sonntag dort mit der Taschenlampe ihre oder seine Steuergelder sucht, findet unsere Solidarität!

Die Kommissionen des 2. Landesparteitages

Präsidium

- Regine Brüggemann (BV HH-Nord)
- Dora Heyenn, (BV Wandsbek)
- Regina Jürgens (BV HH-Mitte)
- Gerald Kemski (BV Eimsbüttel)
- Christiane Schneider (BV Harburg)
- Vasco Schultz (BV Wandsbek)
- Volker Vödisch (BV-Altona)
- Martin Wittmaack, (HH-Mitte)
- 1 Frau NN

Email: » lpt-praesidium@die-linke-hh.de

Wahlkommission

- Benjamin Ley (BV Wandsbek)
- Hamiyet Köse (BV Wandsbek)
- Beate Rau (BV HH-Mitte)
- Manuela Schenkenberg (BV Wandsbek)
- Rainer Tichy (BV Wandsbek)
- Walther Wilken (BV Wandsbek)

Email: » lpt-wako@die-linke-hh.de

Antragskommission

- Horst Bethge (BV Wandsbek)
- Kay Beiderwieden (AG Bildung)
- Kristian Glaser (AG StudPol)
- Karin Haas (BV HH-Nord)
- Hannah Heyenn (BV HH-Mitte)
- Tilman Rosenau (BV HH-Mitte)
- Annette Sawatzki (BV Altona)

Email: » lpt-antrako@die-linke-hh.de

Mandatsprüfungskommission

- Verena Brachvogel, (Hamburg-Mitte)
- Konstantin Braun (Linke.SDS)
- Till Petersen, (AG StudPol)
- Karsten Strasser (BV Altona)
- Christine Wolfram, (BV HH-Mitte)
- 1 Frau NN

Email: » lpt-mdpruef@die-linke-hh.de

Protokollkommission

- Yaçar Aydın
- Lena Dammann
- Nikolaus Dinkelacker, (BV HH-Mitte)
- Olga Fritzsche, (BV Eimsbüttel)
- Volker Honold (BV HH-Mitte)
- Siri Keil
- Rachid Messaoudi (BV HH-Nord)
- Nicolai Meyer (BV HH-Nord)
- Bela Rogalla (BV HH-Mitte)
- Antje Schellner
- Özgür Yildiz (BV Bergedorf)
- ...

Geschäftsordnung für den 2. Parteitag der Partei DIE LINKE, Landesverband Hamburg

0 Konstituierung

Der Parteitag konstituiert sich auf seiner ersten Tagung durch:

- Die Bestimmung eines Präsidiums, deren Mitglieder abwechselnd als Versammlungsleitung den Parteitag leiten
- Die Bestimmung der Protokollierenden
- Ggf. die Übertragung von Mitgliederrechten auf Delegierte, die als Gastmitglieder delegiert wurden.
- Die Beschlussfassung einer Geschäftsordnung
- Die Bestimmung der Mandatsprüfungskommission
- Die Bestimmung der Wahlkommission, die zusammen mit der Versammlungsleitung Wahlen durchführt
- Ggf. die Beschlussfassung zu Konkretisierung der gültigen Wahlordnung der Partei DIE LINKE.
- Die Bestimmung einer Antragskommission, die an den Parteitag gestellte Anträge bearbeitet. Das Nähere zu Antragsbehandlung, Abstimmungsverfahren und Antragskommission regeln die Ziffern 11. bis 14.
- Die Beschlussfassung der Tagesordnung und des Zeitplans

Die Bestimmung des Präsidiums, der Protokollierenden sowie der Kommissionen umfasst die Beschlussfassung über die Anzahl deren Mitglieder und deren Wahl.

Alle weiteren Tagungen konstituieren sich durch die Übertragung von Mitgliederrechten auf Delegierte, die als Gastmitglieder delegiert wurden, und die Beschlussfassung der jeweiligen Tagesordnung und des jeweiligen Zeitplans.

1 Leitung des Parteitages

Das vom Parteitag gewählte Präsidium leitet den Parteitag demokratisch.

2 Redeliste und Protokoll

Durch die Versammlungsleitung ist eine quotierte Redeliste zu führen. Das Präsidium beauftragt die Erstellung eines Beschlussprotokolls. Die Tagungen des Parteitags werden bei Bedarf mit Tonträgern aufgezeichnet. Der Parteitag wird im Fall einer Aufzeichnung hierüber informiert.

3 Wortmeldungen

Wortmeldungen sind grundsätzlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Hiervon kann in der Antragsberatung abgewichen werden.

4 Worterteilung

Die Redner und Rednerinnen erhalten das Wort in der Reihenfolge ihrer Meldung. Dabei ist darauf zu achten, dass Männern und Frauen jeweils wechselseitig das Wort erteilt wird. Kurze Verständnisfragen an die Rednerinnen bzw. die Redner und deren Beantwortung sind möglich.

5 Rederecht

Rederecht haben alle Delegierte, Antragsteller und -stellerinnen im Rahmen ihrer Antragsberatung; Alle weiteren Mitglieder und Gäste auf Antrag eines Delegierten bei der Versammlungsleitung und einem entsprechenden Beschluss des Parteitages.

6 Redezeit

6.1 Aussprache

Die Redezeit in der Aussprache und der Antragsberatung beträgt fünf Minuten für jeden Redner bzw. jede Rednerin. Der Parteitag kann beschließen, die Redezeit zu ändern. (Dabei soll in der Debatte die mögliche Redezeit nicht unter drei Minuten liegen.)

6.2 KandidatInnendebatten

Die Redezeit im Rahmen der KandidatInnendebatte gemäß § 7 (5) der Wahlordnung der Partei DIE LINKE beträgt drei Minuten für jede KandidatIn zur Vorstellung und fünf Minuten zur Beantwortung von Anfragen. Die Zeit für Anfragen und Stellungnahmen beträgt pro Wortmeldung eine Minute und mindestens zehn Minuten pro Wahlgang in Summe.

Diese Zeiten können durch Versammlungsbeschluss verlängert werden.

7 Wortentzug

Die Versammlungsleitung kann die Rednerinnen und Redner bei Bedarf darauf hinweisen, zur Sache zu sprechen und ggf. das Wort entziehen.

8 Unterbrechung der Versammlung durch die Versammlungsleitung

Die Versammlungsleitung kann die Versammlung, wenn es nötig und sinnvoll erscheint, zum Zwecke der Verständigung unterbrechen.

9 Bemerkungen der Versammlungsleitung

Der Versammlungsleitung sind kurze Bemerkungen, die der Richtigstellung und Förderung der Aussprache dienen, jederzeit gestattet. Zu diesem Zweck darf der Redner bzw. die Rednerin unterbrochen werden.

10 Persönliche Bemerkungen und Richtigstellungen

Das Wort zu ausschließlich persönlichen Bemerkungen ist nach Schluss der Aussprache, jedoch vor Abstimmung zu erteilen.

11 Anträge und Entschließungen

Anträge sind gemäß der Fristen der Landessatzung zu stellen. Initiativanträge müssen spätestens 48 Stunden vor der Tagung bei der Antragskommission schriftlich eingereicht sein.

Dringlichkeitsanträge können auf der jeweiligen Tagung des Parteitags bis zu zwei Stunden nach Beginn der Tagung bei der Versammlungsleitung eingereicht werden. Über die Dringlichkeit beschließt der Parteitag mit einfacher Mehrheit.

12 Anträge zur Geschäftsordnung

Das Wort zur Geschäftsordnung, zum Verfahren, zur Tagesordnung und Zeitplanung wird außerhalb der Reihe sofort nach Beendigung des laufenden Wortbeitrages gegeben.

Anträge zur Geschäftsordnung sind:

- Antrag auf Nichtbefassung (darf nur vor Eröffnung der Debatte gestellt werden)

- Antrag auf Vertagung
- Antrag auf Überweisung
- Antrag auf Verlängerung der Redezeit
- Antrag, Anfrage bzw. Hinweis zum Verfahren
- Antrag auf Unterbrechung der Versammlung
- Antrag auf Schluss der Redeliste
- Antrag auf Schluss der Debatte (dürfen nur Delegierte stellen, die noch nicht zur Sache gesprochen haben)

Die Redezeit beträgt eine Minute. Wird einem GO-Antrag widersprochen, ist vor der Abstimmung eine Gegenrede zu hören. Wird ihm nicht widersprochen, gilt der GO-Antrag als angenommen.

13 Grundsätze zur Behandlung von Anträgen

Änderungsanträge sind stets vor dem Hauptantrag zur Abstimmung zu stellen. Werden Änderungsanträge vom Hauptantragsteller übernommen, entfällt die gesonderte Abstimmung.

Weiter- oder weitestgehende Anträge zu einem Sachkomplex sind immer zuerst zur Abstimmung zu bringen. Das gilt für Anträge wie Änderungsanträge.

Änderungsanträge können von den Antragsberechtigten bis zum Schluss der Antragsberatung bei der Versammlungsleitung eingereicht werden. Dies hat immer schriftlich unter Angabe des Namens zu geschehen.

Anträge, die den Sinn des Hauptantrages umkehren, stellen keine Änderungsanträge dar und sind insoweit als Änderungsanträge nicht zulässig. Sie sind nur vor der Beratung der Änderungsanträge alternativ abzustimmen (Grundlagenbildung).

14 Aufgaben der Antragskommission

Die Antragskommission prüft vor dem Versand den fristgerechten Eingang der Anträge und weist sie andernfalls zurück. Sie stellt die Anträge und Änderungsanträge unabhängig von der Reihenfolge ihres Eingangs zu Sachkomplexen zusammen und darf sie erforderlichenfalls im Einvernehmen mit den Antragstellerinnen bzw. Antragstellern redaktionell überarbeiten oder verschiedene Anträge zu einem zusammenfassen. Über das Verfahren zur Behandlung von Anträgen, die nicht von Antragsberechtigten nach § 13 (6) der Landessatzung gestellt werden, entscheidet die Antragskommission. Sie berichtet dem Parteitagssplenium hierüber zu Beginn des jeweiligen Tagesordnungspunktes.

Bis zu Beginn des jeweiligen Tagesordnungspunktes trifft sie außerdem zu jedem Sachkomplex die Vorentscheidung, welche der Anträge und Änderungsanträge die weiter- und weitestgehenden Anträge im Sinne von Ziff. 12 Abs. 2 sind. Die letztendliche Entscheidung über das Abstimmungsverfahren obliegt unter Berücksichtigung der während der Debatte eingebrachten Änderungsanträge und Verfahrensvorschläge der Versammlungsleitung.

15 Antragsbefassung, Abstimmungen und Beschlussfassung

Anträge werden zu Beginn der Antragsberatung durch die Antragstellerinnen bzw. Antragsteller begründet. Die anschließende Debatte kann mit Mehrheit jederzeit durch GO-Anträge nach Ziffer 12 beendet oder verkürzt werden. Die Debatte kann auf Vorschlag der Versammlungsleitung, der Antragskommission oder aus der Mitte der Versammlung mit einfacher Mehrheit begrenzt werden.

Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung. Stimmenthaltungen werden nicht mitgezählt.

Landesvorstand

Email: » landesvorstand@die-linke-hh.de

Geschäftsführender Landesvorstand

Email: » info@die-linke-hh.de

Landessprecherinnen und Landessprecher

Regine Brüggemann » regine.brueggemann@die-linke-hh.de

Karin Haas » karin.haas@die-linke-hh.de

Zaman Masudi » zaman.masudi@die-linke-hh.de

Herbert Schulz » herbert.schulz@die-linke-hh.de

Landesschatzmeister

Bernhard Müller » bernhard.mueller@die-linke-hh.de

» lsm@die-linke-hh.de

Landesgeschäftsführer

(mit beratender Stimme)

Martin Wittmaack » martin.wittmaack@die-linke-hh.de

» lgf@die-linke-hh.de

weitere Mitglieder im Landesvorstand

Vorstandsmitglieder aus den Bezirksverbänden

Altona: Irfan Cüre » irfan.cuere@die-linke-hh.de

Bergedorf: Rolf Semmelrock » rolf.semmelrock@die-linke-hh.de

Eimsbüttel: Gerald Kemski » gerald.kemski@die-linke-hh.de

HH-Mitte: Beate Rau » beate.rau@die-linke-hh.de

HH-Nord: Hartmut Ring » hartmut.ring@die-linke-hh.de

Harburg: Gerald Reichert » gerald.reichert@die-linke-hh.de

Wandsbek: Jan Rübke » jan.ruebke@die-linke-hh.de

Vorstandsmitglieder aus dem Jugendverband

Vertreter: Christian Stache » christian.stache@die-linke-hh.de

Stellvertreter: Kolja Ofenhammer » kolja.ofenhammer@die-linke-hh.de

Weitere Mitglieder im Landesvorstand

Horst Bethge » horst.bethge@die-linke-hh.de

Christine Detamble-Voss » christine.detamble-voss@die-linke-hh.de

Sophie Friese » sophie.friese@die-linke-hh.de

Hannah Heyenn » hannah.heyenn@die-linke-hh.de

Susanne Klein » susanne.klein@die-linke-hh.de

Annette Sawatzki » annette.sawatzki@die-linke-hh.de

Sieglinde Steidinger » sieglinde.steidinger@die-linke-hh.de

DIE LINKE.

LANDESVERBAND HAMBURG

Kreuzweg 7 • 20099 Hamburg
Telefon 040 / 3 89 21 64
Telefax 040 / 43 09 70 28

info@die-linke-hh.de
www.die-linke-hh.de

Bankverbindung:
DIE LINKE Landesverband Hamburg
Postbank Hamburg
Konto-Nr. 966 70 52 05
BLZ 200 100 20

Fotos in diesem Heft:
Herrmann Jürgens